

MITTLINKS

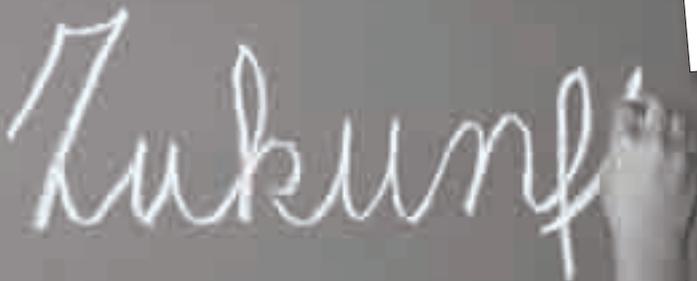
November
11/09

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

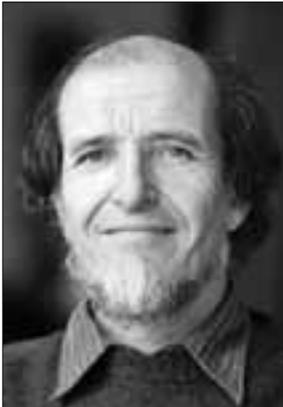
DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

Zukunft

A black and white photograph of a person from behind, wearing a white t-shirt, writing the word 'Zukunft' in cursive on a chalkboard. The person's right arm is raised, holding a piece of chalk. The background is a plain, light-colored wall.

Liebe Leserin, lieber Leser,



dies ist die zweite Ausgabe unserer Fraktionszeitung, mit der wir interessierten Menschen einen Einblick in unsere Arbeit in der Bezirksversammlung Mitte gewähren wollen.

Unsere kleine Fraktion kann die Politik von rot-grün in Mitte nicht verändern, schon gar nicht die Prioritäten, die schwarz-grün im Senat setzt. Unsere Aufgabe ist es, den Finger in manche Wunde zu legen und für mehr Transparenz zu sorgen – gleichzeitig den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Initiativen vor Ort zu suchen. Das klappt (noch) nicht in allen Teilen des Bezirks gleich gut – aber wir arbeiten daran.

Gleich nach der Wahl und kurz vor Redaktionsschluss dieses Hefts beginnen die Grausamkeiten: Die Bezirksverwaltungen wurden aufgefordert, Einsparvorschläge in Millionenhöhe zu machen, um den krisengeschüttelten Hamburger Haushalt zu retten. Absehbar wird kein einziger „Leuchtturm“ (z. B. U4 oder geplante Doppellinienbahn in Horn) in Frage gestellt, wohl aber bei den Bedürftigen gespart werden. In unserer nächsten Ausgabe werden wir mehr berichten.

In diesem Heft finden Sie Artikel zu grundsätzlichen Fragen (Schule, Hartz IV, Antifaschismus) ebenso wie konkrete Darstellungen zu „Baustellen“ in den Stadtteilen.

Wir möchten Sie aber hiermit auch ermuntern, die Möglichkeiten zu nutzen, die Sie als BürgerInnen in der Bezirkspolitik haben: Fast alle Gremien im Bezirk (mit der ärgerlichen Ausnahme des Bauausschusses) tagen öffentlich. Und immer gibt es zu Beginn der Bezirksversammlungs- wie der Ausschusssitzungen eine öffentliche Fragestunde, während der Sie Ihre Fragen und Probleme den Abgeordneten vortragen können.

Die Bezirksversammlung tagt regelmäßig am dritten Donnerstag im Monat ab 17:30 Uhr, die Ausschüsse haben ebenfalls (außer zu Ferienzeiten) ihre festen Termine (www.hamburg.de/fachausschuesse).

Die in diesem Heft behandelten Umweltthemen werden z.B. diskutiert im Aus-

schuss für Verkehr und Umwelt, der regelmäßig am dritten Mittwoch im Monat um 18 Uhr tagt. Der Fortgang der Schulentwicklung in Mitte wird im Ausschuss für Schule, KiTa, und Sport diskutiert, er tagt jeweils am 4. Montag eines Monats, ebenfalls um 18 Uhr. Tagungsort ist im Regelfall der Sitzungssaal der Bezirksversammlung im Klosterwall 4 (Cityhof, Block B) im ersten Stock.

Noch viel mehr mitreden können Sie dort, wo es „Beteiligungsgremien“ in einzelnen Gebieten des Bezirks gibt, seien es Sanierungsbeiräte, Stadtteilbeiräte, Stadtteilräte oder Quartiersbeiräte. Die tagen immer öffentlich und alle Gäste dürfen mitreden, in einigen Fällen auch abstimmen.

Achten Sie auf Ankündigungen in Ihrem Wohngebiet – und gehen Sie hin!

Mit freundlichem Gruß,

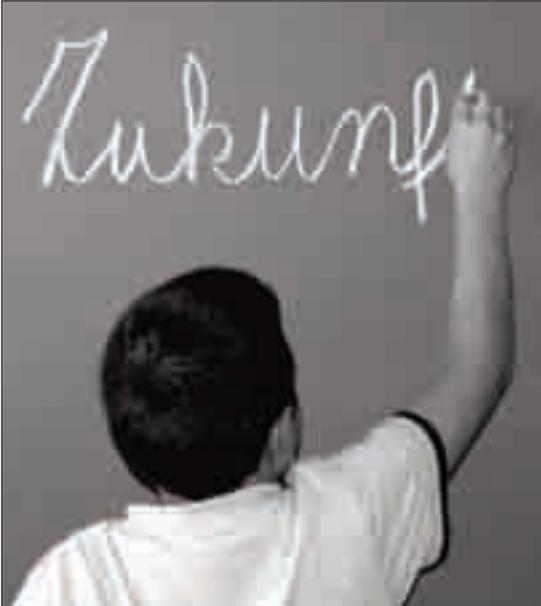
Bernhard Stietz-Leipnitz

Abgeordneter aus St. Georg, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Baustelle Schulreform	4	Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr...14
von Sandra Clemens		von Ronald Wilken
NEIN zum Bernhard-Nocht-Quartier	6	Leuchtturmprojekt
- Widerstand lohnt sich		am Rotenhäuser Damm
von Markus Schneider-Johnen		von Jörg von Prondzinski
Kein Weichen alter Eichen.....	8	Aussetzen der Hartz IV-Sanktionen
von Rudolf Sergel		von Olaf Harms
Feuchtwiesen in Gefahr	9	Woche des Gedenkens.....
von Ronald Wilken		von Olaf Harms
Badevergnügen in Wilhelmsburg	11	Deutschland – ein Wintermärchen.....
von Manfred Schubert		Caput XXI (Hamburg nach dem Brand ...)
Horner Rennbahn	12	Von Heinrich Heine (1844)
- 1,4 Millionen im Galopp ausgegeben		Kontakt zu uns.....
von Sandra Clemens		Impressum.....
		24

4 Baustelle Schulreform



Fotos
Dieter Schütz,
Pixelio.com

Dieses Schuljahr bildet den Auftakt zur Schulreform von GAL und CDU. Fortan soll die gemeinsame „Grundschulzeit“ in den Primarschulen bis zur sechsten Klasse dauern. Danach geht es entweder aufs Gymnasium oder auf die Stadtteilschule. Auch die SchülerInnen der Stadtteilschulen sollen nach Klasse 13 ihr Abitur machen können.

Was halten wir als Bezirksfraktion davon? Von der Schulbehörde sind wir aufgefordert worden, eine

Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan zu verfassen. Dem sind wir nachgekommen. hamburg-mitte.linksfraktion-hamburg.de/politik/themen/ unter dem Stichwort S wie Schule. Obwohl wir das verlängerte gemeinsame Lernen bis Klasse sechs befürworten, gibt es aus unserer Sicht etliche Schwachstellen und Knackpunkte, die wir an dieser Stelle nur kurz anreißen können.

Als Befürworter der „Einen Schule für Alle“, des längeren gemeinsamen Lernens, mindestens bis Klasse 10, begrüßen wir die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit bis Klasse 6 als einen Schritt in die richtige Richtung. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass die Sonderschulen voll einbezogen worden wären. Bundestag und Bundesrat haben die UN Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Demgemäß müssen auch SchülerInnen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen an regulären Schulen unterrichtet werden. Bisher gibt es in unserem Bezirk nur einen Integrationsstandort in Mümmelmannsberg. Ein weiterer ist für Horn angedacht.

Den Planungen für die Stadtteilschulen und die Gymnasien stimmen wir nicht zu, da die soziale Auslese auch in unseren Regionen durch die Trennung in Gymnasien und Stadtteilschulen zementiert wird. Nach allen Untersuchungen wissen wir, dass diese Selektion vor allem eine soziale ist und nicht dem mittlerweile in vielen europäischen Ländern erreichten Standard entspricht.

Für den geplanten Ausbau der Ganztagsbetreuung müssen mehr ErzieherInnen

eingestellt werden. Den vom Senat propagierten „kostenneutralen Ausbau der Hortbetreuung“ sehen wir als nicht realistisch an. Der erwartete Personalschlüssel für die Hortbetreuung von 1 zu 25, beziehungsweise 1 zu 20 ist für uns nicht akzeptabel. Außerdem soll das Mittagessen an den Ganztagschulen zukünftig kostenpflichtig sein. Auch das ist für sozial benachteiligte Familien nicht zu leisten. Wir fordern ein kostenfreies Mittagessen für alle SchülerInnen sowie die Abschaffung des Büchergeldes. Weitere Schwachstellen gibt es in Wilhelmsburg und Finkenwerder. Besonders erschreckt hat uns, dass es in Wilhelmsburg keinen Oberstufenstandort an den Stadtteilschulen geben soll. Es ist nicht hinnehmbar, dass es in diesem Gebiet dann nicht möglich sein wird, Abitur zu machen, es sei denn, man besucht eine der Schulen in Kirchdorf.

Für Finkenwerder gibt es Pläne, die Primarschule auf drei Standorte zu verteilen. Dies würde eine zusätzliche Trennung nach Klasse 3 bedeuten und den Aufbau sozialer Bindungen unter den Kindern und Lehrern erschweren.

Offensichtlich herrscht auch in unserem Bezirk weiterhin ein immenser Diskussionsbedarf. Mit mehreren Anträgen haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Schulreform in der Bezirksversammlung behandelt wird anstatt nur im Schulaus-



schuss. Bisher haben alle anderen Fraktionen dieses Anliegen abgeschmettert. Wir bleiben weiterhin am Ball und werden das Thema auf die Tagesordnung setzen.

Sandra Clemens, Bezirksabgeordnete aus Hamm, für DIE LINKE. im Ausschuss für Schule, Kita, Sport

6 **NEIN zum Bernhard-Nocht-Quartier Widerstand lohnt sich!**

„Sich dagegen zu wehren, dass Stadtteile aufgewertet werden, ist schwer. Und ich kann nicht sagen, dass der Bezirk daran vollkommen unschuldig ist.“

(Bezirksamtsleiter Markus Schreiber in der taz, 26.09.09)



Um diese
Häuser
geht es

Foto:
Markus
Schneider-Johnen

Einsicht ist der erste Weg zur Besserung, heißt es ja bekanntlich. Die Einsicht, dass auf St. Pauli seit Jahren vieles schief läuft und die weit vorangeschrittene Yuppisierung gestoppt werden müsse, hat der Herr Bezirksamtsleiter vor den Europa- und Bundestagswahlen gebetsmühlenartig in den lokalen Medien kundgetan. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, dass nach so vielen Jahren, in denen die SPD-geführten Bezirksregierungen den Austausch der Bevölkerung auf St. Pauli wesentlich forciert haben, die SPD nun plötzlich eine Drehung um 180 Grad vollzieht und der Schickimickisierung St. Paulis ein Ende setzt. Statt einer Kehrtwende kommen z.B. die Tanzenden Türme auf die Reeperbahn und Häuser mit teuren Eigentumswohnungen werden weiter aus dem Boden gestampft. Und daran ist der Bezirk tatsächlich nicht unschuldig,- ganz richtig, Herr Schreiber!

In St. Pauli-Süd ist mit dem Bau des leblosen sog. Brauereiquartiers die Bauwut noch lange nicht gestoppt. Derzeit laufen die Planungen für das sog. „Bernhard-Nocht-Quartier“. Ein Investor (Köhler & von Barga) will die Häuser Bernhard-Nocht-Str. 65-87 und Erichstr. 13-19, 29/35 sanieren, modernisieren und zum Teil abreißen. Neue Häuser sind mit 78 (!) Wohnungen sollen gebaut werden, die als Eigentums-

und/oder frei finanzierte Mietwohnungen geplant sind, d.h.: 78 neue hochpreisige Luxuswohnungen. Und wo bleibt der Stopp der Yuppisierung? ... 7

Während die anderen Parteien SPD, GAL, CDU und FDP die Planungen des sog. Bernhard-Nocht-Quartiers (BNQ) befürworteten und sich noch bei einem internen Treffen im März 2009 für einen möglichst schnellen Baubeginn - sowohl für die Neubauten als auch für die Sanierung / Modernisierung der Bestandsgebäude - ausgesprochen haben, hat sich DIE LINKE. von Anfang an gegen diese Quartiers-Planung gewendet. Bei diesem Treffen hatten die Vertreter der anderen Parteien noch die drohende Entmietung zahlreicher BewohnerInnen der betroffenen Häuser kritiklos zur Kenntnis genommen und damit unter Beweis gestellt, welchen Stellenwert Menschen bei Bauangelegenheiten in Hamburg-Mitte haben.

Die Pläne für das BNQ haben großen Widerstand in der Anwohnerschaft hervorgerufen - so großen, dass die Investoren und politisch Verantwortlichen zwar nicht aus Einsicht in ihre Fehlplanungen, aber aus Angst vor andauerndem aktivem Widerstand eingelenkt und bei einer Anhörung am 24.09.09 mehrere Zusagen gemacht haben: In den bestehenden Altbauten werde es keine Luxusmodernisierungen der Wohnungen, sondern nur Instandsetzungsmaßnahmen geben; der Mietendurchschnitt werde nach der Sanierung für 10 Jahre festgelegt auf 6,50 €/qm; alle jetzigen WohnungsmieterInnen in den zu sanierenden Häusern erhielten ein garantiertes Bleiberecht; in den nächsten 10 Jahren erfolgten keine Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Diese Zusagen muss der Investor in Verträgen mit den MieterInnen schriftlich fixieren, damit die MieterInnen auch für den Fall des Verkaufs der Häuser vor neuerlichen Begehrlichkeiten geschützt wären.

Erste Erfolge des Widerstands

DIE LINKE. gibt sich mit den gemachten Zusagen nicht zufrieden und lehnt den Bau der 78 Neubau-Luxuswohnungen ebenso ab wie den beabsichtigten Abriss erhaltenswürdiger Altbauten. Diese Forderungen sind realistisch - schließlich ist für St. Pauli-Süd eine städtebauliche Erhaltungsverordnung in Kraft. Dass diese bislang zur Verhinderung des Bernhard-Nocht-Quartiers nicht angewendet worden ist, liegt allein am politischen Unwillen von SPD, GAL, CDU und FDP. Und wenn der Investor meint, ohne Abrisse und Neubauten nicht genügend Kapital aus dem Quartier ziehen zu können, dann soll er halt woanders investieren. Schließlich könnte die Stadt selber die Grundstücke kaufen und somit zur sozialen und städtebaulichen Erhaltung St. Paulis mit mehr als nur Lippenbekenntnissen beitragen. Und wenn sie das - wie zu erwarten - nicht will, könnte immer noch eine Lösung unter Einbeziehung einer Genossenschaft gesucht werden, die die Interessen der MieterInnen und NachbarInnen berücksichtigt statt auf schnellen Profit aus zu sein.

Markus Schneider-Johnen, für DIE LINKE. in den Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung zugewählter Einwohner St. Paulis

Die 1967 aufgestellte „Eulenplastik“ auf der Magnolienwiese zeugt von einem anderen Bewusstsein im Hinblick auf Stadtparks. Sie symbolisiert den damaligen Vogelreichtum der Anlage.
Foto: Rudolf Sergel



Kein Weichen alter Eichen – Hammer Park als grüne Oase im Stadtteil erhalten!

Der Hammer Park, eine Grünanlage mit einer langen, interessanten Geschichte und Generationen von Besuchern, soll nach Plänen des Bezirksamtes ein neues Outfit erhalten. Geplant ist eine „Grundinstandsetzung“ für 430.000 Euro. Bereits im September fand Bezirksamtsleiter Markus Schreiber sich persönlich zum „ersten Spatenstich“ ein. Seitdem hat das Gartenbauamt damit begonnen, den neuen Eingang Ecke Hammer Hof zu öffnen. Die Vegetation hat sich dort schon erheblich gelichtet. Zur weiteren „Auflichtung“ sollen möglicherweise noch mehr alte Bäume gefällt und Hecken entfernt werden. Zudem sind neue Spielgeräte geplant und ein Volleyballfeld. Dies verdeutlicht den Trend, Parks zunehmend als Eventfläche zu betrachten und weniger als Orte der Ruhe und als grüne Lungen. Viele Menschen haben sich bereits dagegen ausgesprochen, dass mitten auf der Liegewiese ein Volleyballfeld entsteht. Für eine öffentliche Toiletten-Anlage reichte das Geld dann übrigens nicht mehr.

Der Park zeichnet sich in weiten Teilen durch einen alten Laubbaumbestand aus. Es gibt eine zentrale Wiese, einen Teich, Schach- und Tischtennisecken, einen Staudengarten und im Südwestbereich eine seit vielen Jahrzehnten bestehende Sportanlage. Viele Anwohner möchten die Eigenart dieses Parks mit seinen alten Bäumen und teilweise waldartigem Charakter uneingeschränkt erhalten. Dieser verständliche Wunsch wird durch Untersuchungen über Motive der Nutzung städtischer Parks untermauert.

„Ruhe, Erholung, Naturerleben“: So gaben in Umfragen Stadtbewohner zu über 90 Prozent dem Wunsch nach Ruhe und Erholung als zentrale Bedeutung beim Parkbesuch Ausdruck, über 71 Prozent auch der Vorliebe für naturnahe Biotope. Für 88 Prozent der Befragten waren Stadtteilparks sehr wichtig. 85 Prozent sprachen sich für Spielplätze, 45 Prozent für Liegewiesen aus.

Auch im Hinblick des „Klimawandels“ scheint es ratsam, in Großstädten für mehr Grün zu sorgen. So empfahl es der Deutsche Wetterdienst erst vor einigen Monaten. Ein etwa 100-jähriger Laubbaum mit einer Krone von 12 Metern Durchmesser und 600.000 Blättern vergrößert durch Lufträume im Schwammgewebe der Blätter seine Fläche für den Gasaustausch auf etwa 15.000 Quadratmeter, was zwei Fußballfeldern entspricht.

Die Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) misst Grünanlagen zumindest auf dem Papier eine Bedeutung für den Erhalt biologischer Vielfalt bei. In einer Broschüre schreibt sie: „Ziel der Landschaftsplanung ist die Verknüpfung von Parkanlagen, Spiel- und Sportflächen, Kleingartenanlagen und Friedhöfen durch ... Grünverbindungen zu einem grünen Netz. Gleichzeitig ist das grüne Netz Teil des Biotopverbundsystems. (...)“

Grünanlagen
erhalten für
Klimaschutz
und Erholung

Wir erinnern das Bezirksamt an die erwähnten ökologischen und sozialen Aspekte und treten nachdrücklich dafür ein, diese bei der Grundinstandsetzung des Hammer Parks zu berücksichtigen. Gesunde alte Bäume dürfen nicht willkürlichen „Auflichtungen“ von Planern zum Opfer zu fallen, sondern sind mit ihren vielfältigen ökologischen und sozialen Funktionen zu erhalten. Der Hammer Park sollte eine grüne Oase hier im Stadtteil bleiben, die die Wünsche nach Ruhe, Erholung und naturnahen Erlebnissen berücksichtigt.

Rudolf Sergel, parteilos, zugewählter Bürger für DIE LINKE. im Ausschuss für Verkehr und Umwelt

Feuchtwiesen in Gefahr

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat am 17. September einen Antrag der SPD bestätigt, dem die GAL im Regionalausschuss Wilhelmsburg gegen die Stimmen der Linken und der CDU zugestimmt hatte. Die SPD möchte damit erreichen, dass ein Fußweg errichtet wird, der quer durch geschützte Feuchtwiesen zur Tennisanlage des Vereins SV Wilhelmsburg führt.

In diesem Antrag heißt es: „Die Verwaltung wird daher aufgefordert, einen Fußweg zu errichten, der von der Haltestelle Kirchdorfer Straße direkt zur Tennisanlage des Vereins führt.“ Die Begründung lautet, dass der Fußweg von der Endstati-

10 on in Kirchdorf Süd 20 Minuten dauert. Das entspricht nicht der Wahrheit! Der Weg kann in nur fünf Minuten zurückgelegt werden.

Dass dieser neue Fußweg nach dem Willen der rot-grünen Koalition somit quer durch die Feuchtwiesen verlaufen soll, halten wir als den Einstieg in eine neue Diskussion über die Bebauung Kirchdorf-Mitte/Nord (B-Plan WB 79) für falsch. Die Feuchtwiesen sind geschützte Biotope. Dort wächst unter anderem der Klappertopf, die Blume des Jahres 2005. Die Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) müsste



Der Klappertopf,
Blume des
Jahres 2005,

Foto:
Peter Röhl
pixelio.com

te eine Befreiung zum Bau des Fußweges erteilen. Das wird hoffentlich niemals geschehen!

Ich habe dann in der Bezirksversammlungssitzung in einem Redebeitrag versucht, die GAL davon zu überzeugen, diesem Antrag nicht zuzustimmen, ohne Erfolg. Nach vielen Verbrechen an der Umwelt, es sei hier an das Mühlenberger Loch und das Kohlekraftwerk Moorburg erinnert, setzen Rot-Grün ihren Weg der Umweltzerstörung im Bezirk konsequent fort. Die Bezirksfraktion DIE LINKE.

begrüßt es außerordentlich, dass Harald Köpke, Vorsitzender vom BUND Hamburg, sich bei der GAL für ihr Abstimmungsverhalten beschwert hat. Er setzt sich seit Jahren für den Erhalt der „Klappertopfwiesen“ ein und ist nun ziemlich entsetzt, dass so ein Antrag mit der GAL zustande gekommen ist. Der Umweltperte kann sich allerdings nicht vorstellen, dass dieser Antrag in der BSU irgendeine Aussicht auf Erfolg hat. Inzwischen hat sich die Bezirksverwaltung meiner Auffassung angeschlossen.

Ronald Wilken, Abgeordneter aus Wilhelmsburg, für DIE LINKE. im Regionalaus-schuss Wilhelmsburg.

Badevergnügen in Wilhelmsburg?

Als ich 1983 nach Wilhelmsburg zog, da gab es sie noch: Eine große Freifläche, die zwar schon recht verwildert war, aber dennoch erkennen ließ, dass hier einige Jahre zuvor ein Freibad existiert haben muss. Neben einem 50-Meter-Becken gab es dort ein Kinderbecken und eine sehr große Liegewiese. Ich konnte auch die alten Gebäude noch erkennen. Umkleidekabinen und eine Art Imbiss für Eis oder andere Snacks. Das alles war ebenfalls noch zumindest zu erahnen. Heute stehen an dieser Stelle Häuser. Viele Menschen, zum Teil Neuwilhelmsburger, haben hier ihren Traum von einer Eigentumswohnung verwirklicht.



Wir wollen
unseren Spaß!

Foto:
Alexander Hauk
Pixelio.com

Als Ersatz für das alte Freibad wurde an anderer Stelle - neben unserem Hallenbad - ein Außenbecken errichtet. Ein Becken mit den Maßen eines Wasserballfeldes und einer durchgehenden Tiefe von 1,80 Metern. Auch hier gibt es eine Liegewiese. Sie ist allerdings sehr klein.

Als ein Tennisverein der damaligen Ortsamtsleiterin Heike Severin ein Zelt anbot, das man über dem kleinen Außenbecken aufstellen kann, damit das Becken auch bei schlechtem Wetter genutzt werden könne, war sie sehr begeistert. Überschwänglich vor Freude pries sie dieses Zelt an. Mal geschah das im Ortsausschuss und mal im Bürgerhaus, eigentlich immer und überall.

Das Zelt wird mit einem riesigen Gebläse aufgepumpt und ist von Außen so richtig schön bunt. Man spricht in Wilhelmsburg auch vom „Mc Donalds-Zelt“. Nun plant die Internationale Bauausstellung (IBA) in Wilhelmsburg einen Neubau für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Der Neubau soll neben dem Hallen-

12 bad entstehen. Das ist nicht unbedingt eine schlechte Idee. Der Nachteil ist, dass für das BSU-Gebäude ein Teil der Liegewiese geopfert werden muss.

Verschwindet die Liegewiese tatsächlich, verschlechtert sich dadurch die Versorgung von fast 50.000 Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern mit einem Freibad. Sie ist eh schon spärlich. Da das Hallenbad in der Freibadsaison den Sportvereinen, Schulen und Kindergärten vorbehalten ist, brauchen die Badegäste im Freien natürlich auch ausreichenden Platz zum Wohlfühlen. Außerdem ist der Montag in der Halle ein „Frauenbadetag“.

Nun gibt es in Wilhelmsburg – direkt gegenüber vom Hallenbad – einen Bebauungsplan. Hier sollte unter anderem auch ein neues Hallenbad, möglichst mit Außenanlage gebaut werden. Alle erfreute dieser Plan. Doch die Aussage des Senats, dass ein neues Hallenbad zu teuer sei, ließ nicht lange auf sich warten.

Wenn kein neues Bad gebaut wird und gleichzeitig die Liegewiese am Freibad verkleinert wird, dann bleibt den Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern noch eine Fläche, ungefähr so groß wie ein Fußballfeld. Da findet man dann ein Hallenbad, ein Freibad, eine Liegewiese und einen großen Parkplatz. Die Hauptstraße, die uns zu dieser Anlage bringt, ist nur knapp fünf Meter vom „Mc Donald-Zelt“ entfernt. Brauchen wir etwa mehr für fast 50.000 Menschen, die im Sommer ihre Freizeit dort verbringen wollen?

Manfred Schubert, zugewählter Bürger aus Wilhelmsburg, für DIE LINKE. im Regionalausschuss Wilhelmsburg

Horner Rennbahn: 1, 4 Millionen Euro im Galopp ausgegeben

Die Horner Rennbahn soll zur Doppelrennbahn werden, so stellen es sich der Hamburger Senat und einige Pferdefreunde zumindest vor. Auch die SPD, GAL, CDU und FDP sind nicht abgeneigt. Da ja die Trabrennbahn in Bahrenfeld aufgegeben wird, kommen die Traber eben nach Horn zu den Galoppfern. Doch wie soll das ganze unterhalten und finanziert werden? Ist das nicht ein bisschen teuer?

Na, dann muss eben ein Investor her. Allein für das Ausschreibungsverfahren für die Suche nach einem zahlungsfreudigen Geldgeber bewilligte die Bürgerschaft gegen die Stimmen der Linksfraktion 1,4 Millionen Euro. Wird einer gefunden, soll dieser die Doppelrennbahn betreiben und die Stadt darf nochmal rund 30 Millionen Euro zuschießen. Nun ist ja allgemein bekannt, dass Investoren nicht zum Spaß in irgendwas investieren, sie wollen Gewinne erzielen. Ob das allein durch den Betrieb der Rennbahn möglich ist, darf bezweifelt werden. Eine Mehrfachnutzung in Form von Gastronomie, Events oder Ähnlichem ist wahrscheinlich. Damit es für die AnwohnerInnen

nicht zu schlimm wird, soll es einen Vertrag geben, der den zukünftigen Investor zu bestimmten Zugeständnissen zwingt. Ein Teil der Parkanlage soll erhalten bleiben, eine Hundewiese auch, ein Verkehrskonzept muss her, geschützte Biotope sind zu erhalten. Kleingärten und benachbarte Sportvereine dürfen dem Rennvergnügen ebenfalls nicht zum Opfer fallen. Zudem ist ein Mediationsverfahren angestrebt an dem die AnwohnerInnen sich beteiligen dürfen. Doch ist damit eine „Win-Win-Situation“ geschaffen, wie es auf der Informationsveranstaltung am 6. Oktober in Horn so schön hieß? Werden die Wünsche der HornerInnen tatsächlich gehört und umgesetzt? Die Doppelrennbahn trage schließlich auch zum besseren Image und zur Steigerung des Freizeitwertes bei. Eine Teilnehmerin fragte verwundert: „Um welche Interessen geht es hier eigentlich, um die der Investoren und Pferdesportler? Was haben wir eigentlich davon?“ Viele Teilnehmer befürchteten eine erhebliche Lärmbel-



Galopper in
Aktion

Foto:
MBTeam,
Fotolia.com

lastung durch das höhere Verkehrsaufkommen, durch die Lautsprecher der Anlage, durch Events. Außerdem werden Teile der Anlage während der Rennveranstaltungen für die Öffentlichkeit geschlossen bleiben. Sorge bereitet vielen der mögliche Anstieg der Mieten, nachdem der Stadtteil erstmal „aufgewertet“ wurde.

Wir stehen dem Projekt „Doppelrennbahn“ sehr skeptisch gegenüber. Wir meinen, die Stadt solle lieber Geld für die maroden Sportanlagen in die Hand nehmen und den Breitensport fördern. Das Gelände Horner Rennbahn als großer Freizeitpark ist für die HamburgerInnen sicherlich von größerem Nutzen. Wenn nun schon ein Ausschreibungsverfahren und ein Mediationsverfahren mit einem Investor laufen sollen, dann müssen die HornerInnen voll miteinbezogen und vor allem ernstgenommen und gehört werden. Doch inwieweit sich der zukünftige Investor für die Belange der AnwohnerInnen interessieren wird, steht in den Sternen.

Sandra Clemens, Abgeordnete aus Hamm, für DIE LINKE. im Regionalausschuss Horn, Hamm, Borgfelde

Was macht eigentlich der Ausschuss für Verkehr und Umwelt?

„Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt befasst sich vor allem mit den Verkehrsaspekten von Bauvorhaben. Des Weiteren wird er über Planungen der Fachbehörde, z.B. über Erneuerungen von Fahrbahnmarkierungen, Ausbau des Stellplatzangebotes und des Radwegenetzes sowie über Maßnahmen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) und der Deutschen Bahn informiert.

Der Bereich „Umwelt“ beinhaltet zum einen alle Maßnahmen, die öffentliche Grünanlagen und das Straßenbegleitgrün betreffen. Die Ausschussmitglieder werden über Baumfällungen auf öffentlichem und privatem Grund informiert. Zum anderen gehören in diesen Bereich der technische Gesundheitsschutz, Umwelthygiene, Lärmschutz, Flächensanierung und Immissionsschutz.

Zur Vertiefung einzelner Themen werden regelmäßig Referenten eingeladen. Dies sind z.B. Mitarbeiter aus den Fachabteilungen des Bezirksamtes, Architekten und Landschaftsplaner, Vertreter von Institutionen und Interessensverbänden. Der Ausschuss organisiert auch öffentliche Anhörungen, bei denen alle interessierten Bürger Fragen stellen können.“ (Offizielle Beschreibung im Internet)

Grundsatzentscheidungen fallen anderswo

Hamburg als grüne Stadt am Wasser zu bewahren und zukunftsfähig zu entwickeln sollte eigentlich die Aufgabe der verantwortlichen PolitikerInnen in der Bürgerschaft sein. Bei diesen Aufgaben sollte allerdings auch der Verkehr- und Umweltausschuss auf Bezirksebene mitwirken, denn hier haben die Abgeordneten einen engeren Bezug zu den Menschen im Stadtteil. Das Themenspektrum im Verkehr- und Umweltausschuss im Bezirk HH-Mitte ist weit gespannt – von Klima und Energie bis zum „Sprung über die Elbe“.

Wie in der Bezirksversammlung werden hier Anträge und Anfragen von den Mitgliedern der Fraktionen eingereicht. Sei es, wenn es wie in Wilhelmsburg meist um Baumfällungen im Zusammenhang mit der im Jahr 2013 stattfindenden „igs“ und der IBA geht oder um „umweltgerechte“ Planungen bei der Neugestaltung des Hammer Parks. Grundsätzlichen Einfluss auf die Grausamkeiten, die die Stadt in unserem Bezirk plant, haben wir nicht. Die Entscheidungen, wie ein geplantes Projekt auszusehen hat, werden oft schon vorher vom Senat in Absprache mit den auszuführenden Firmen gefällt. Eingeladene Referenten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) berichten uns, wie weit die Planungen in dem einen oder anderen Projekt gediehen sind. Bei kritischen Nachfragen der Ausschussmitglieder gibt man uns oft zu verstehen, dass Änderungen nicht mehr vorgenommen werden können, da die Planungen schon abgeschlossen seien.

Wir können im Ausschuss höchstens fordern, dass wir gerne einen Zebrastreifen, ein zusätzliches Verkehrsschild oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung (Zone

30) haben wollen, das war es dann aber auch. Gelegentlich kommt es auch vor, dass die Bezirksversammlung einen Antrag zur Abstimmung an den Ausschuss überweist, wie z.B. welche Müllcontainer in der Hafencity aufgestellt werden sollen oder welche Auflagen der Veranstalter bei einem Festival zu erfüllen hat.

Kurzum, der Ausschuss hat in der Vergangenheit weder Einfluss in Sachen Umwelt oder Verkehr auf Leuchtturmprojekte wie die Hafencity, „igs“ (Vernichtung der Kleingärten), IBA (Bebauung von Grünflächen) oder gar ein Mitspracherecht beim Bau des Kohlekraftwerks Moorburg (Umweltauflagen) gehabt und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, wie z.B. im Falle der geplanten Hafenuferspanne und der Autobahn durch Wilhelmsburg.

Unsere Aufgabe wird es weiterhin sein, den Unmut über bestimmte Projekte gemeinsam mit den BürgerInnen zu artikulieren sowie durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf die diversen „Schandtaten“ in unserem Bezirk hinzuweisen. Der Ausschuss tagt übrigens öffentlich, in der Regel jeden dritten Mittwoch im Monat.

Reden Sie mit!

Ronald Wilken, Abgeordneter aus Wilhelmsburg, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Umwelt

Leuchtturmprojekt am Rotenhäuser Damm

Im Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel berichtete Jürgen Dege, Ansprechpartner der Koordinierungsstelle Bildungsoffensive Elbinseln bei der IBA Hamburg, im Juni 09 von einem neu geplanten Sprach- und Bewegungszentrum im Sanierungsgebiet. Es soll auf dem Gelände der Schule Rotenhäuser Damm entstehen. Für das neue Bildungszentrum wurde im Juli 2009 der IBA-Wettbewerb entschieden. Das Büro „eins:eins Architekten“ gewann den ersten Preis.

Was sich so fortschrittlich anhört, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Seifenblase. Die Finanzierung des Baus werde von drei Behörden der Stadt gewährleistet, hieß es. Auf meine Nachfrage, ob auch die Finanzierung des Betriebes insbesondere nach der IBA gesichert sei, antwortete Jürgen Dege: Ab Fertigbau 2010 (wenn alles gut geht) bis zum Präsentationsjahr 2013 sei auch der Betrieb finanziert. Das Konzept sehe vor, dass die 15 beteiligten Einrichtungen, hauptsächlich Schulen und Kitas, das Zentrum selbst und gemeinsam betreiben. Nach Ablauf der drei Jahre würde die Finanzierung zurückgefahren und die Einrichtungen müssten die Gelder dann (zunehmend) selbst aufbringen, beziehungsweise Sponsorengelder anschaffen. Falls bis 2013 noch kein vollständiger Bevölkerungsaustausch stattgefunden hat,

- 16 also noch nicht ausschließlich wohl versorgte Reichen-Kinder im Stadtteil leben, gibt es ein Problem. Die beteiligten Einrichtungen, die alle ständig am Limit arbeiten, beziehungsweise nicht alles leisten können, wofür Bedarf besteht, haben dann ein zusätzliches Projekt an den Hacken, das sie finanzieren und bespielen müssen.

Eine gute Idee –
leider nicht
nachhaltig

IBA-typisch: Alle Scheinwerfer richten sich auf ein Vorzeigeprojekt (das nicht nachhaltig angelegt ist) und gleichzeitig geht der Niedergang überall da weiter, wo nicht hingeleuchtet wird. Insbesondere dann, wenn die Scheinwerfer wieder ausgeknipst werden. Abzusehen ist, dass die vielen kleinen örtlichen Angebote der beteiligten Einrichtungen – die direkt da sind, wo die Kids wohnen – reduziert werden müssen, um die eine neue und zentrale Einrichtung aufrechtzuerhalten. Die IBA stellt erst ein schönes Haus hin und sagt „Bildungsoffensive“ dazu. Anschließend ist das Objekt und die darin stattfindende Bildung dann nicht mehr Staatsaufgabe und wird dem freien Markt überantwortet.

Jörg v. Prondzinski, parteiloser Bürger für DIE LINKE. im Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel

Aussetzen der Hartz- IV-Sanktionen

Im Jahr 2008 wurden rund 790.000 Erwerbslosen Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts gekürzt oder sogar gestrichen. In vielen Fällen stellten sich die Entscheidungen als rechtswidrig heraus. 41% der Widersprüche und 65% der Klagen gegen die Sanktionen waren ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Allerdings haben Widersprüche und Klagen keine aufschiebende Wirkung. Durch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise werden im kommenden Jahr die Erwerbslosenzahlen zunehmen. Die sozialen Auswirkungen werden sich mit Verzögerung bemerkbar machen: Nach ALG I oder Kurzarbeit werden demnächst bundesweit bis zu 400.000, in Hamburg rund 35.000 Personen mehr als bisher bei Hartz IV ankommen.

Vor dem Hintergrund steigender Erwerbslosigkeit und fehlender Arbeitsplätze macht es keinen Sinn, dann Sanktionen zu erteilen, wenn zum Beispiel nicht genügend Bewerbungen geschrieben worden sind, da diese ohnehin oft ins Leere laufen. Außerdem legt jeder Sachbearbeiter die Anzahl der vorzulegenden Bewerbungen willkürlich fest, eine einheitliche Regelung existiert nicht. Das gleiche gilt für die Verweigerung der Annahme von perspektivlosen so genannten 1-Euro-Jobs: Sanktionen laufen ins Leere, solange der Arbeitsmarkt keine realen Möglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bietet. Zudem treffen Sanktionen nicht nur Einzelne, sondern immer die gesamte Familie.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE. am 17. September einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Sie folgte damit einem deutschlandweit laufenden Aufruf, dem sich bereits viele Prominente und Parteimitglieder angeschlossen haben: „Der Hamburger Senat wird aufgefordert, sich für ein Sanktionsmoratorium, ein Wunsch- und Wahlrecht der Erwerbslosen bei der Arbeitsplatzsuche, ein Wunsch- und Wahlrecht bei der Aufnahme von Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen und den Wegfall des Zwangs zur Annahme eines sog. 1 Euro-Jobs bei der Bundesanstalt für Arbeit einzusetzen und eine entsprechende Gesetzesänderung über den Bundesrat zu initiieren.“

Gerade vor dem Hintergrund fehlender Arbeits- und Ausbildungsplätze würden Sanktionen nur zwei Ziele verfolgen: Erstens sind sie ein Mittel zur Disziplinierung der Hartz-IV-Betroffenen, nämlich dann, wenn von 20 geforderten Bewerbungen nur

Endlich wieder fördern statt nur zu sanktionieren!

Foto:
Matthias Krüttgen



18 geschrieben werden, ohne dass es eine reale Erfolgsaussicht gibt. Und zweitens ist der Effekt „nur“ ein haushaltspolitischer: Mit den Sanktionen wird Geld eingespart. Dieser Antrag sorgte für große Unruhe, was nicht verwundert. Denn immerhin wurde Hartz IV unter Schröder in einer rot-grünen Bundesregierung eingeführt und unter der Großen Koalition weiter verschärft. So verwundert es nicht, dass alle in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien diesen Antrag abgelehnt haben.

Die GAL, in deren Wahlprogramm ebenfalls eine ähnliche Forderung enthalten war, wollte lediglich durch eine bessere Ausbildung der Sachbearbeiter der Ar-

18 beitsagenturen für eine gleiche Anwendung von Sanktionen sorgen. Die CDU behauptete, dass der Antrag keine Angelegenheit der Bezirksversammlung sei und die SPD wollte ebenfalls keine Änderung ihrer bisherigen Politik. Zumindes sie hat dafür ihre Quittung von den WählerInnen erhalten. Ihr Stimmresultat bei der Bundestagswahl war das schlechteste seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Fraktion DIE LINKE. wird sich davon jedoch nicht abbringen lassen und weiterhin für die Hartz-IV-Betroffenen Partei ergreifen. Hartz IV muss weg.

Olaf Harms (DKP), Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Woche des Gedenkens



Foto:
Dominik Kneissl
fotolia.com

Im März 2009 veröffentlichte das Bundesinnenministerium eine Studie, aus der unter anderem hervorgeht, dass rund 14,4 Prozent der befragten Jugendlichen als „sehr ausländerfeindlich“ einzustufen (19 Prozent der Jungen, 9,6 Prozent der Mädchen) sind. Von den befragten Jungen und Mädchen gaben zudem rund 5 Prozent an,

Mitglieder einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft zu sein. Auf antisemitische Einstellungen lassen die Antworten von 6,4 Prozent der Jungen und 2,1 Prozent der Mädchen schließen.

Aufgrund der erschreckenden Ergebnisse dieser Studie leitete die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag mit folgender Vorbemerkung ein: „Die Bezirksversammlung stellt sich daher ihrer Verantwortung und ergreift Maßnahmen, um diesem Prozess

entgegentreten. Ausgehend von der Initiative des Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog sollen die BürgerInnen am 27. Januar eines jeden Jahres die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee gedenken. Zu diesem Zwecke möge der Bezirk Hamburg-Mitte eine eigene ‚Woche des Gedenkens‘, durchführen, mit der an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert und der Opfer seiner Gewaltherrschaft gedacht wird.“ 19

Dabei verwiesen wir auf die bisher guten Erfahrungen einer solchen „Woche des Gedenkens“ im Bezirk Hamburg-Nord. Diese Veranstaltungsreihe hatte die rot-grüne Koalition bereits vor einigen Jahren beschlossen und dann regelmäßig durchgeführt.

Kultureinrichtungen, Schulen, Häuser der Jugend, Bücherhallen und Initiativen des Bezirks werden eingeladen, unter anderem mit Lesungen, Vorträgen, Workshops, Filmvorführungen, Stadtteilrundgängen, Zeitzeugengesprächen und Sonderöffnungen der Gedenkstätten an der „Woche des Gedenkens“ teilzunehmen. Die Beteiligten erarbeiten gemeinsam ein vielfältiges Programm, unterstützt von Bezirkspolitik und Verwaltung. Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und das Gedenken an die Opfer dieser furchtbaren Terror- und Willkürherrschaft.

Gute Erfahrungen in Nord - wütende Ablehnung in Mitte.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. sollte ab dem Jahr 2010 die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte um den 27. Januar herum ebenfalls eine „Woche des Gedenkens“ durchführen und diese mit einer zentralen Veranstaltung eröffnen.

Wir bleiben dran!

Doch der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien abgelehnt mit aus unserer Sicht hanebüchene Begründungen: Nach Meinung der GAL werde bereits genug in diesem Bereich getan. Die SPD verwies darauf, dass doch immerhin der jetzt in Planung befindliche Lohseplatz in der Hafencity dem Gedenken Rechnung trage. Und die CDU fand es schon mehr als genug, dass doch die Schulen das Thema Nationalsozialismus aus ihrer Sicht ausreichend behandeln. Merkmal all dieser Redebeiträge war, dass nicht einer auf die Studie des Bundesinnenministeriums einging, welche ihren Argumenten allesamt den Boden entzog.

Stattdessen gab es Geschichtsklitterung in Reinkultur. Die SPD verwies auf neuere historische Erkenntnisse hinsichtlich der Befreiung von Krieg und Faschismus durch die Rote Armee, blieb bisher aber jeden Nachweis dafür schuldig. Darüber hinaus verstieg sich sogar ein SPD-Abgeordneter mit dem Zwischenruf „und was ist mit den KZ's in der DDR“ dazu, den Hitler-Faschismus zu verharmlosen. Unsere Fraktion wird sich mit dieser parlamentarischen Niederlage, die auch ein Abbild der Geistesverfassung der anderen Parteien ist, nicht zufrieden geben und das Thema weiterhin auf die Tagesordnung setzen.

Olaf Harms (DKP), Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Deutschland – ein Wintermärchen (1844!)



*Die Leute seufzten noch vor Angst,
Und mit wehmüt'gem Gesichte
Erzählten sie mir vom großen Brand
Die schreckliche Geschichte:*

*»Es brannte an allen Ecken zugleich,
Man sah nur Rauch und Flammen!
Die Kirchtürme loderten auf
Und stürzten krachend zusammen.*

*Die alte Börse ist verbrannt,
Wo unsere Väter gewandelt,
Und miteinander jahrhundertlang
So redlich als möglich gehandelt.*

*Die Bank, die silberne Seele der Stadt,
Und die Bücher, wo eingeschrieben
Jedweden Mannes Banko-Wert,
Gottlob! sie sind uns geblieben!*

*Gottlob! man kollektierte für uns
Selbst bei den fernsten Nationen -
Ein gutes Geschäft - die Kollekte betrug
Wohl an die acht Millionen.*

*Aus allen Ländern floß das Geld
In unsre offenen Hände,
Auch Viktualien nahmen wir an,
Verschmähten keine Spende.*

*Man schickte uns Kleider und Betten genug,
Auch Brot und Fleisch und Suppen!
Der König von Preußen wollte sogar
Uns schicken seine Truppen.*

*Der materielle Schaden ward
Vergütet, das ließ sich schätzen -
Jedoch den Schrecken, unseren Schreck,
Den kann uns niemand ersetzen!«*

*Aufmunternd sprach ich: »Ihr lieben Leut',
Ihr müßt nicht jammern und flennen;
Troja war eine bessere Stadt,
Und mußte doch verbrennen.*

*Baut eure Häuser wieder auf
Und trocknet eure Pfützen,
Und schafft euch beßre Gesetze an
Und beßre Feuerspritzen.*

*Gießt nicht zuviel Cayenne-Piment
In eure Mockturtlesuppen,
Auch eure Karpfen sind euch nicht gesund,
Ihr kocht sie so fett mit den Schuppen.*

*Kalkuten schaden euch nicht viel,
Doch hütet euch vor der Tücke
Des Vogels, der sein Ei gelegt
In des Bürgermeisters Perücke. -*

*Wer dieser fatale Vogel ist,
Ich brauch es euch nicht zu sagen -
Denk ich an ihn, so dreht sich herum
Das Essen in meinem Magen.«*

Wir freuen uns,
dass die Bezirks-
versammlung am
29.10. beschlos-
sen hat, Heines
Onkel Salomon
durch die Benen-
nung des Platzes
vor dem israeliti-
schen Kranken-
haus an der
Simon-von-Ut-
recht-Straße zu
ehren.

Wer macht was? Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte

Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)	stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de 24 57 40
Christine Detamble-Voss (stv.Vors.)	christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de 43 99 672
Sandra Clemens -	sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de 0175 740 79 09
Olaf Harms (DKP)	olaf_harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28 57 69 08
Renate Hercher-Reis -	renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de 700 120 33
Ronald Wilken -	RonaldC@linksfraktion-hamburg-mitte.de 754 55 85
Tilman Rosenau (Gesch.führer)	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28 57 69 08

Mail/Telefon

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN. über die Geschäftsstelle.

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Yusuf Baskan

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Manfred Schubert

Ständige Vertreterin: Renate Hercher-Reis

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Ronald Wilken, Tony Schinkowski

Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Haushalt, Kultur, regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis, Olaf Harms

Ausschuss für Verkehr und Umwelt

Ronald Wilken, Rudolf Sergel

Ständige Vertreterin Renate Hercher-Reis

Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung

Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen

Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit

Christine Detamble-Voss (Vorsitzende) Manfred Schubert

Ständiger Vertreter: Olaf Harms

Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Sandra Clemens, Volker Honold

Ausschuss für Management des öffentlichen Raumes (Zentralausschuss)

Christine Detamble-Voss, Steffen Leipzig

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck
Ständiger Vertreter: Kristian Sauerbeck

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder (und Waltershof)

Kerstin Fremder-Sauerbeck

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Ronald Wilken, Christine Wolfram
Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/ Veddel

Renate Hercher-Reis (Vorsitzende)

Regionalausschuss Billstedt/ Mümmelmansberg

Renate Hercher-Reis, Uwe Böhm
ständiger Vertreter: Willi Mittelstedt

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/ Mümmelmansberg

Thomas Homann

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Sandra Clemens Marion Fisch
ständige Vertreterin: Heike Wokon

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde

Tony Schinkowski

Beteiligungsgremien**Sanierungsbeirat Billstedt/Mümmelmansberg**

Orhan Buluktemur

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6 / Berta-Kröger-Platz

Christine Wolfram

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S 5 Südl. Reiherstiegviertel

Jörg von Prondzinski

Sanierungsbeirat St. Pauli – Nord S 3 Karolinenviertel Ost

Marut Perle; Vertretung: Beate Rau

Sanierungsbeirat St. Pauli S 5 Wohlwillstraße

Holger Knorr; Vertretung: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort

Bernhard Stietz-Leipnitz

Stadtteilrat Veddel

Stefan Dührkop

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte

Bernhard Stietz-Leipnitz; Vertreterin:Renate Twardzik

Quartiersbeirat Münzviertel

Bernhard Stietz-Leipnitz; Vertreter: Steffen Leipnitz

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg

Manfred Schubert

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte.

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

November 2009, Auflage: 1000

Satz und Layout: drucktechnik

Fotobearbeitung: Matthias Krüttgen

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.